

Ein Kampfhubschrauber Boeing AH-64 Apache der US Army über dem Flughafen Nürnberg am 5. Oktobr 2026

Deutschland: Ein Land in Kriegsgefahr

VON DANIELE GANSER

Ein Auszug aus dem Buch *Kampf der Giganten – Warum China und Russland die globale Vorherrschaft der USA ablehnen*[1]

© picture alliance / Eibner-Pressefoto

Deutschland ist der wichtigste Militärstützpunkt der **USA** in Europa, daher geriet das Land in eine gefährliche Situation, als sich der Bürgerkrieg in der Ukraine im Februar **2022** zu einem internationalen Krieg ausweitete. Sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz wie auch sein Nachfolger Friedrich Merz steckten Milliarden Euro in den Ukrainekrieg und schickten Waffen ins Kriegsgebiet, darunter Panzer und Drohnen. Beide pflegten eine aggressive Rhetorik gegenüber Moskau, obschon die Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine direkte oder indirekte Beteiligung an einem Krieg mit Russland ablehnt und vor allem keine Ausdehnung des Krieges über die Grenzen der Ukraine hinaus auf Deutschland und andere Länder in Europa möchte. Moskau beobachtet genau, wie die **USA** die Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz als Umschlagplatz für Waffen und Munition nutzt. Auf dem großen Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Bayern bilden die **USA** ukrainische Soldaten aus. In der Clay Kaserne in Wiesbaden werteten **US**-Offiziere und Ukrainer Satellitenbilder aus und koordinierten Angriffe auf Russland mit **ATACMS**-Raketen. Weil die **USA** ihre Militärstützpunkte in Deutschland intensiv nutzten, brachten sie Deutschland in Kriegsgefahr. Die deutsche Regierung erhöhte diese Gefahr, indem sie in Bayern in Schrobenhausen durch die Firma Helsing Angriffsdrohnen produzieren ließ und an die Ukraine lieferte. Russland reagierte empört und russische Politologen wie Sergei Karaganow forderten sogar den Einsatz von Atomwaffen gegen Deutschland und Großbritannien.

Die USA nutzen ihre Militärstützpunkte in Deutschland für den Krieg

Deutschland stellt, wie oben geschildert, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den wichtigsten Standort für **US**-Truppen in Europa dar. Somit ist es weiterhin ein besetztes Land. Das United States European Command (**EUCOM**) hat seinen Hauptsitz in Stuttgart in den Patch Barracks und koordiniert die Militäreinsätze aller **US**-Streitkräfte in Europa. Im Jahr **2024** befanden sich von insgesamt **80 000** in Europa stationierten **US**-Soldaten rund **39 000 US**-Soldaten oder fast die Hälfte in Deutschland. Auf Platz zwei lag Polen mit **14 000 US**-Soldaten, gefolgt von Italien und Großbritannien mit jeweils **13 000** und **10 000 US**-Militärs, während Spanien mit **4 000 US**-Soldaten die Liste der für die **USA** wichtigsten fünf Länder in Europa abrundete.[2]

Die Giganten **USA** und Russland haben gemeinsam im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft. Aufgrund seiner zentralen Lage in Europa geriet Deutschland nach seinem Angriff auf die Sowjetunion **1941** in einen Zweifrontenkrieg und musste gleichzeitig im Westen gegen die **USA** und Großbritannien und im Osten gegen die Sowjetunion kämpfen, was zur Niederlage von Berlin führte. Nach der Wiedervereinigung **1990** zogen die **USA** ihre Truppen, anders als die Sowjetunion, nicht ab. Deutschland stellte sich als treues **NATO**-Mitglied an die Seite der **USA** und beteiligte sich sowohl am Angriff auf Serbien **1999**, am Afghanistankrieg **2001** als auch am Krieg gegen Syrien **2015**. Die bekannte und richtige Losung »Nie wieder Krieg!« wurde zu »Hin und wieder Krieg!« aufgeweicht. Den illegalen **US**-Putsch in Kiew **2014** kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht und tat so, als ob es ihn nie gegeben habe. Merkel setzte sich **2015** auch nicht für die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk ein, die den Bürgerkrieg in der Ukraine hätten beenden sollen, was die **USA** aber nicht wollten. Erst nach dem illegalen Einmarsch von Russland in die Ukraine am **24**. Februar **2022** wurde Deutschland aktiv und Bundeskanzler Olaf Scholz kritisierte das Vorgehen von Russland scharf. Dadurch wurde Deutschland an der Seite der **USA** in einen Stellvertreterkrieg gezogen, obwohl das die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht wollte.

»Die Bundesrepublik hat im Krieg in der Ukraine bislang eine Scharnierfunktion«, erklärte der erfahrene investigative Journalist Patrik Baab. »Es handelt sich um einen Krieg der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer **NATO**-Vasallen gegen die Russische Föderation auf ukrainischem Boden. Die Ukraine ist dabei das Opferlamm, das zur Schlachtbank geführt wird. Deutschland ist ein Werkzeug in der Hand Washingtons.« Dass sich Deutschland am Stellvertreterkrieg der **USA** beteilige, sei falsch, argumentierte Baab überzeugend. Deutschland »wurde von den eigenen degenerierten Eliten ins Aus manövriert«, kritisierte der Journalist, der für öffentlich-rechtliche Sender wie den **NDR** gearbeitet hatte. Baab zählt zu den wenigen deutschen Journalisten, die in die Ukraine gereist sind, um sich unter Lebensgefahr vor Ort ein Bild zu machen. Er führte an der Front mit beiden Konfliktparteien Gespräche. Das war aus der Sicht von Berlin unerwünscht, weil Baab so das von der deutschen Regierung vorgegebene Narrativ durchbrach. Baab wurde daraufhin von deutschen Medien diffamiert und verlor seinen Lehrauftrag im Fachbereich Journalismus an der Universität Kiel. »Deutschland ist zu einem Werkzeug der Amerikaner geworden, die sich selbst im Niedergang befinden«, beklagte Patrik Baab.[3]

Deutschland ist keine direkte, sondern eine repräsentative Demokratie. Dies bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht selbst über Sachfragen abstimmen können wie in der Schweiz, sondern Volksvertreter delegieren, die dann in ihrem Namen entscheiden. Alle vier Jahre wählen die Deutschen ihre Abgeordneten für den Bundestag. Nach der Wahl vom **26**. September **2021** bildeten die **SPD**, die Grünen und die **FDP** die »Ampel-Koalition« und im Dezember wählte der Bundestag Olaf Scholz von der **SPD** zum Bundeskanzler. Frühere **SPD**-Bundeskanzler wie Willy Brandt hatten stets auf friedliche Beziehungen mit Moskau gesetzt. Doch Scholz tat das Gegenteil. Am **27**. Februar **2022**, drei Tage nach dem illegalen Angriff von Russland auf die Ukraine, sprach Scholz im Bundestag von einer »Zeitenwende«, diffamierte Präsident Putin als »Kriegstreiber« und argumentierte, Deutschland müsse der Ukraine Waffen liefern. »Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben«, behauptete Scholz kühn. Das stimmte aber nicht, denn andere **NATO**-Staaten wie Ungarn unter Premierminister Viktor Orban lehnten Waffenlieferungen an die Ukraine ab und verweigerten auch den Transit von Waffenlieferungen über ungarisches Gebiet. Deutschland hätte gleichermaßen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ablehnen und sich als neutraler Vermittler für Friedensgespräche positionieren können, was klüger gewesen wäre.[4]

Nicht nur Bundeskanzler Scholz, auch Außenministerin Annalena Baerbock von den Grünen setzte sich vehement für Waffenlieferungen an die Ukraine und Wirtschaftssanktionen gegen Russland ein. »Das Preisschild dieses Krieges wird für das System Putin ein untragbares sein«, argumentierte Baerbock und glaubte, die Kombination von Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen würde den Giganten Russland in die Knie zwingen. Auch die Opposition von der **CDU** unter Friedrich Merz unterstützte die Waffenlieferungen

»Die USA nutzten den Schutz der NATO und leiteten von Deutschland die Angriffe auf russische Soldaten. Dass die Regierungen in Washington und Berlin dadurch die Bevölkerung in Deutschland in Kriegsgefahr brachten, kümmerte sie nicht.«

und Wirtschaftssanktionen, denn Präsident Putin sei »ein Kriegsverbrecher«, wie Merz im Bundestag erklärte. Merz, der nach dem Zerbrechen der Ampelkoalition und vorgezogenen Bundestagswahlen am 6. Mai 2025 selber zum Bundeskanzler aufstieg, vertrat ebenfalls die irrige Ansicht, mit der Hilfe von Deutschland könne die Ukraine den Giganten Russland besiegen.[5]

Der Kriegskurs gegen Russland von Olaf Scholz, Friedrich Merz und Annalena Baerbock wurde keineswegs von allen Menschen in Deutschland unterstützt. Doch wer sich gegen die Regierung stellte, riskierte seine Stelle zu verlieren, wie die Beispiele von Patrik Baab und Ulrike Guérot zeigten. »Was wir derzeit politisch miterleben, ist eine ebenso rabiate wie radikale Umerziehung des Bewusstseins in Richtung einer als alternativlos hingestellten Akzeptanz von Rüstungsprogrammen in nie erreichten Größenordnungen sowie einer geradewegs als moralische Pflicht verordneten Bereitschaft zu internationalen Kriegseinsätzen an jedem Ort, zu jeder Zeit«, kritisierte der deutsche Theologe Eugen Drewermann. Dieser Weg sei völlig falsch für Deutschland, denn es drohe der »Verlust des Wissens, dass wir in jedem Krieg uns selber, unsere Menschlichkeit verlieren«, warnte Drewermann weise.[6]

Als die ZDF-Sendung von Markus Lanz am 2. Juni 2022 das Thema Waffenlieferungen an die Ukraine behandelte, kam es zum Eklat. Die Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) vertrat die Linie der Ampel-Regierung und erklärte, Deutschland müsse unbedingt Waffen an die Ukraine liefern. Auch Moderator Lanz und andere Gäste waren klar für Waffenlieferungen. Nur die mutige Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot von der Universität Bonn widersprach und erklärte, dass es im Hinblick auf die Ukraine vier Kriege zu berücksichtigen gibt: einen Bürgerkrieg vor Beginn der russischen Invasion, einen russischen Angriffskrieg, einen US-Stellvertreterkrieg und einen Informationskrieg. Deutschland müsse sich für einen Waffenstillstand und Verhandlungen einsetzen, statt Waffen an die Ukraine zu liefern, forderte Guérot. Doch damit stellte sie sich gegen die deutsche Regierung und den medialen Mainstream. Die Politologin verlor im Februar 2023 ihre Professur an der Universität Bonn.[7]

Es sei nicht klug, die Konfrontation mit Russland zu suchen, warnte auch der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, da die vielen US-Militärbasen in Deutschland zum Ziel von russischen Angriffen werden könnten. »Wir sind der größte US-Flugzeugträger, auf dem 80 Millionen Eingeborene leben. Warum sollen wir uns einer solchen Gefahr aussetzen?«, fragte der gut informierte Maaßen auf TV Berlin. Es sei dumm, einen Wirtschaftskrieg gegen Russland zu führen, denn »wir können auch unser Erdgas nicht selber produzieren«, bemerkte der frühere Präsident des Inlandsnachrichtendienstes. Durch die Politik von Bundeskanzler Scholz und Oppositionsführer Merz steige die Kriegsgefahr für Deutschland. »Wir gehen wie Schlafwandler in einen Konflikt mit Russland«, kritisierte Maaßen.[8]

Die Regierung in Berlin ließ sich von solchen Stimmen aber nicht beeindrucken und schickte zuerst Helme und dann 500 schultergestützte Stinger-Raketen an die Ukraine, produziert vom US-Rüstungskonzern Raytheon. Später schickte Deutschland 1 000 Panzerabwehrfäuste. Nach einigem Zögern lieferte Bundeskanzler Scholz auch den Kampfpanzer Leopard, den Schützenpanzer Marder und den Flugabwehrkanonenpanzer Gepard an die Ukraine. Danach schickte Berlin auch das Flugabwehrraketensystem Patriot des US-Herstellers Raytheon in die Ukraine. Durch die Waffenlieferungen wurde Deutschland immer tiefer an der Seite der Ukraine in den Krieg hineingezogen und lieferte schließlich auch in Bayern von der Firma Helsing produzierte Kampfdrohnen, welche die Ukraine gegen Russland einsetzte.[9]

Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und Raytheon freuten sich über die vielen Aufträge und die steigenden Aktienkurse. Aber die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wollte auf keinen Fall in einen Krieg mit Russland hineingezogen werden. »Von der Regierung Scholz bin ich maßlos enttäuscht, weil SPD und Grüne früher sagten, dass sie auf keinen Fall Waffen in ein Kriegsgebiet liefern werden«, protestierte der deutsche Friedensaktivist Jürgen Grässlin aus Freiburg. Tatsächlich hatten die Grünen im Wahlkampf versprochen, niemals Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Nach ihrem Wahlsieg brachen die Grünen dieses Versprechen. »Ich fühle mich getäuscht«, protestierte Grässlin. »Wer in einen Krieg hinein Waffen liefert, wird selbst zur Kriegspartei und verliert die Kontrolle über deren Einsatz.«[10]

Bundeskanzler Scholz spürte den Unmut in der Bevölkerung und versicherte, Deutschland werde durch die Waffenlieferungen nicht Kriegspartei. Diese Sicht unterstützte noch am 16. März 2022 ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Westliche Waffenlieferungen an die Ukraine gelten völkerrechtlich nicht als Kriegseintritt, solange es keine Beteiligung an Kampfhandlungen gibt, so das Gutachten. Doch das Gutachten warnte: »Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei beziehungsweise Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man

den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.«[11]

Doch Deutschland lieferte nicht nur Waffen, sondern unterstützte auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten an diesen Waffen. Die **USA** flogen ukrainische Soldaten auf die **US**-Militärbasis Grafenwöhr in Bayern, wo sie von **US**-Soldaten an Haubitzen des Typs M**777** ausgebildet wurden. Diese Artilleriekanone des britischen Rüstungskonzerns **BAE** Systems kann bis zu fünf Geschosse pro Minute auf Ziele in bis zu **40** Kilometern Entfernung abfeuern. Mit der Ausbildung der ukrainischen Soldaten in Bayern stieg die Kriegsgefahr für Deutschland. »Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag besagt: Völkerrechtlich können Waffenlieferungen als Kriegseintritt gelten, wenn der Westen ukrainische Soldaten daran auch ausbildet«, mahnte das Nachrichtenportal Nordbayern. War Deutschland nun also doch Kriegspartei? Bestand die Gefahr, dass Russland mit Drohnen oder Raketen die **US**-Militärbasis Grafenwöhr angreift, um die Ausbildung ukrainischer Soldaten zu verhindern?[12]

Nach dem illegalen **US**-Angriff auf den Iran im Februar **2026** hatte Teheran sofort alle **US**-Militärstützpunkte am Golf mit Raketen und Drohnen angegriffen und viele völlig zerstört. Ist ein solches Szenario auch für Deutschland denkbar? Könnten die Felder und Städte in Deutschland wieder durch die Geißel des Krieges verwüstet werden, wie es im Zweiten Weltkrieg geschah? Die Bürger waren besorgt, aber die Regierung behauptete, auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Bayern mache Deutschland nicht zur Kriegspartei. »Ich gehe davon aus, dass weder diese Ausbildung dazu führt noch die Lieferung von Waffen, sondern wenn wir Soldatinnen und Soldaten entsenden würden in die Ukraine, das wäre ein ganz klares Zeichen«, argumentierte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht von der **SPD**. Regierungssprecher Steffen Hebestreit räumte ein, dass man sich immer wieder in einer schwierigen Abwägung befinde, dass die Regierung aber glaube, »dass auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland an Waffensystemen weiterhin keinen direkten Kriegseintritt bedeutet«.[13]

Vor allem im Osten Deutschlands wurden die Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten auf **US**-Militärbasen sehr kritisch gesehen. Sebald Daum, der als Generalmajor in der Nationalen Volksarmee (**NVA**) der **DDR** gedient hatte, warnte, dass mit der Lieferung des Kampfpanzers Leopard Deutschland zur Kriegspartei geworden sei. Bundeskanzler Scholz zerstöre »endgültig all das, was einmal wichtig war in den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland«. Das sei falsch, Deutschland müsse den Frieden zu Russland pflegen und dürfe nicht auf Konfrontation setzen. »Sind wir schon wieder so weit, ein drittes Mal gegen Russland in den Krieg zu ziehen?«, fragte Daum besorgt. »Sollen deutsche Panzer Leopard, wie einst deutsche Tiger, gegen Russland rollen?«[14]

Die **USA** interessierten sich nicht für die kritischen Stimmen aus der deutschen Bevölkerung und führten am **26.** April **2022** auf der großen Luftwaffenbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz ein Treffen von Militärs und Verteidigungspolitikern aus mehr als **40** Staaten durch, um den Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu koordinieren. Russland sah das mit Argwohn. **US**-Verteidigungsminister Lloyd Austin forderte in Ramstein von allen Gästen, dass sie Waffen in die Ukraine schicken und bei der Ausbildung der ukrainischen Soldaten helfen sollten. Austin hatte zuvor die Ukraine besucht und dort erklärt: »Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es zu so etwas wie dem Einmarsch in der Ukraine nicht mehr in der Lage ist.« Washington machte kein Geheimnis daraus, dass in der Ukraine ein Kampf der Giganten stattfand und die **USA** das Ziel verfolgten, Russland zu schwächen.[15]

Die US-Basis in Wiesbaden lenkt die Angriffe der Ukrainer auf Russland

Im Stellvertreterkrieg zwischen den Giganten wurde Deutschland zum Aufmarschgebiet, wo die ukrainischen Streitkräfte ausgerüstet und trainiert wurden, bevor sie an die Front mussten. Die **USA** nutzten den Schutz der **NATO** und leiteten von Deutschland die Angriffe auf russische Soldaten. Dass die Regierungen in Washington und Berlin dadurch die Bevölkerung in Deutschland in Kriegsgefahr brachten, kümmerte sie nicht. **US**-Generalstabschef Mark Milley wusste, dass Russland ein sehr starker Gegner ist und daher die Chancen der viel kleineren Ukraine auf einen militärischen Sieg »nicht groß« seien. Mit rund **150** Millionen Einwohnern hatte Russland eine mehr als dreimal so große Bevölkerung wie die Ukraine und entsprechend mehr Soldaten. Zudem verfügte Russland über eine sehr effiziente Rüstungsindustrie, während die Ukraine die meisten Waffen importieren muss. »Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, die Russen wieder aus dem besetzten Gebiet in der Ukraine zu vertreiben«, erkannte Milley Ende **2022**. Daher müsse es früher oder später eine politische Lösung für den Konflikt geben, so der Generalstabschef.[16]

Andere **US**-Generäle behaupteten kühn, dass die Ukraine gegen Russland gewinnen könne. **US**-General Christopher Cavoli, der Kommandant des **EUCOM** in Stuttgart, drängte darauf, die Ukraine mit den besten Waffen zu versorgen. Vor dem Senat in Washington argumentierte General Cavoli, dass Russland nicht notwendig als Gewinner aus diesem Krieg hervorgehen werde. »Es ist schwer vorstellbar, dass die Ukraine zusammenbricht und diesen Konflikt verliert«, beteuerte Cavoli. »Ich glaube nicht, dass eine ukrainische Niederlage unausweichlich ist.«[17]

DANIELE GANSER (Jahrgang 1972) ist ein Schweizer Historiker und Friedensforscher. Er ist spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Daniele Ganser ist Gründer und Leiter des Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel (www.siper.ch).



Daniele Ganser
Kampf der Giganten
Warum China und Russland die globale Vorherrschaft der USA ablehnen

Westend Verlag
ISBN 978-3-98791-375-4
352 Seiten, 32,00 €

Hintergrund
Das Nachrichtenmagazin

Das Nachrichtenmagazin – partei-, staats-, konzernunabhängig, werbefrei

Hintergrund

11 | 12 | 26

Interviews mit
Scott Ritter
Thomas Meuter
Wladislaw Below
Andrej Hunko



www.hintergrund.de
12,80 sFr [CH] 9,90 € [LU] 9,80 € [A] 8,80 € [D] 36099
419-36099-0880-1 12

Die Drohne von Leipzig

Artur Aschmoneit
Die wundersame Drohne von Gleipzig

Michael Sommer
Gebändigter Ausnahmezustand

Daniele Ganser
Deutschland: Ein Land in Kriegsgefahr

Erhard Crome
Nach den Herbstwahlen

Karin Leukefeld
Die Logik der Ethik und Logik der Macht